Dr. Ludwig-Holger PFAHLS

B-1180 BRUXELLES
Drève des Renards 33

12. Jan. 1996 G

F. Bohl

E
62 162

Persönlich

An den
Bundeskanzler
Herrn Dr. Helmut Kohl
Adenauerallee, 139-141
D - 53113 Bonn

GL 22

Bitte sofort Bericht!

Brüssel, 8. Januar 1996

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

im Zusammenhang mit staatsanwaltlichen Untersuchungen gegen den Unternehmer Karlheinz Schreiber, den ich noch aus Zeiten von Franz Josef Strauss kenne, ist auch ein Ermittlungsverfahren gegen mich und fünf andere Personen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung eingeleitet worden.

Dieses Verfahren entbehrt jeder Grundlage. Es belastet mich jedoch aussergewöhnlich, da ich seit Ende Oktober schwer erkrankt bin und mich noch immer in ärztlicher Behandlung befinde.

Die Mitteilung, dass ein Verfahren eröffnet sei und die anschliessende Hausdurchsuchung fanden wenige Tage nach der Entlassung aus dem Krankenhaus in Brüssel statt.

Obwohl ich die Begründung des Beschlusses nicht verstand und auch die Namen der dort genannten Firmen ATG und Kensington erstmals hörte, wurde er mir auch auf Nachfrage nicht weiter erläutert.

Ich konnte die Vorwürfe überhaupt nicht einordnen und quälte mich in den Tagen danach mit der Frage, was man mir vorwerfen könne. Ich sah durch ein grundloses Ermittlungsverfahren meine bürgerliche Reputation gefährdet und fürchtete um meine wirtschaftliche Existenz.

Erst am 2. Januar 1996 erfuhr ich den Hintergrund der gegen mich erhobenen Vorwürfe; Verdacht von Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit der Lieferung von ABC-Spürpanzern der Firma Thyssen an Saudi-Arabien. Dieser Vorwurf ist zwar absurd, aber wenigstens greifbar und damit widerlegbar.

../..

Ich rief sorfort den zuständigen Staatssekretär des BMVg an und bat, unverzüglich eine eingehende Untersuchung über Abläufe und Entscheidungsprozesse dieses Vorganges zu veranlassen.

Meiner Erinnerung nach wurde diese Entscheidung auf höchster Ebene getroffen, lediglich der Vollzug fiel teilweise in meinen Verantwortungsbereich. Ich bin mir sicher, auch hierbei nur solche Entscheidungen getroffen zu haben, die für das Ansehen der Bundesrepublik in damals schweren Zeiten die richtigen waren.

Über die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft in Augsburg bin ich entsetzt. Nach meinem Rechtsverständnis hätte ich erwartet, dass die Staatsanwaltschaft Nachforschungen über Entscheidungsabläufe auf der ministeriellen Ebene von sich aus anstellt, bevor sie die Anständigkeit eines ehemaligen Beamten in einer Spitzenstellung ohne Rücksicht auf die Konsequenzen leichtfertig in Zweifel zieht.

Ich habe nur einen Wunsch : Möge das Verfahren schnell beendet werden.

Mit freundlichen Grüssen

(Dr. L.-H. Pfahls)
Staatssekretär a.D.

Kopie : Bundesminister Finanzen, Herrn Dr. Theodor Waigel
Bundesminister Verteidigung, Herrn Volker Rühe
Bundeskanzleramt, Herrn Bundesminister Friedrich Bohl
Deutschen Bundestag, Herrn Abgeordneten Dr. G. Stoltenberg
Bundesministerium für Verteidigung, Herrn Stss. Dr. Peter Wichert
Bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Edmund Stoiber
Mercedes-Benz AG, Herren H. Werner, Dr. H. Tropitzsch, Dr. D. Zetsche

Oberst Sude
2230

18. Jan 96

Herrn
Chef BK

— direkt vorgelegt —
— vertrauliche Personalsache —

Betr.: Sachverhalt Pfahls (sein Schreiben v. 8. Jan 96)
hier: weitere Unterrichtung

Sts Dr. Wickert teilt mir soeben mit, daß auch eine erneute hausinterne Prüfung keinen Anlaß gebe, an korrekten Abläufen mit BMVs zu zweifeln; dies habe er Sts a.D. Pfahls so mitgeteilt.

Da der "SPIEGEL" angeblich bereits eine Kopie des Pfahls-Schreibens besitze und die Fähnte "Pfahls" aufgenommen habe, sei der Pressesprecher BMVs (reaktiv) mit einer Erklärung vorbereitet, in der es u.a. heißt: "... die BMVs-Unterlagen enthalten nach einer Überprüfung keinerlei Hinweise, die eine intensive Untersuchung rechtfertigen; BMVs wird die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft abwarten."

Ergänzend teilt mir Sts Dr. Wickert mit, daß es aber 2 Papiere im Aktenbestand gebe, aus denen man Rückschlüsse ziehen könne, daß ggfs von außerhalb Weisung (?) an Sts a.D. Pfahls erteilt worden sei hinsichtlich des Rüstungsspatz nach Saudi-Arabien.

Ich kann die Ersatz von hier aus nicht beurteilen und empfehle, daß Sie persönlich/fernmündlich ggfs mit Sts Dr. Wickert Verbindung

CHRK 1/4/9

Dr. Roll

Herrn Chef BK 22. Jan. 1996 G

Betr.: Hs. a.D. Pfahls

Ss. Vichert wiederholte die im Vermerk von Herrn Suche geschilderte Aktenlage.*
Es sieht bisher keinen Anlaß aktiv an die Staatsanwaltschaft heranzutreten

Roll
22.1

* Weisung von „außerhalb" soll wohl heißen: Kanzleramt

Oberst Sude

Bonn, den 15. Januar 1996
Hausruf: 2230

15. Jan. 1996

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

direkt vorgelegt
vertrauliche Unterlagen

Betr.: Schreiben P. vom 8. Januar 1996

Sts Dr. Wichert hat Sie bereits telefonisch informiert.

Beigefügt lege ich Ihnen zum Sachstand aus unseren BSR-Unterlagen (VS-eingestuft) vor:

- Teilnehmerliste BSR vom 27. Februar 1991
- Vorlage BMWi für diese Sitzung (Export von 36 Transportpanzern FUCHS)
- hausinterner Vorlagevermerk zu TOP 4 g).

In unserem Protokoll zu dieser Sitzung heißt es:

"Zu TOP 4 g) (Lieferung von 36 Transportfahrzeugen FUCHS nach Saudi-Arabien) spricht sich der Bundeskanzler positiv aus.

Der Außenminister schlägt vor, nur die 10 ABC-Spürfahrzeuge und 8 Ambulanzfahrzeuge FUCHS zu genehmigen.

Der Bundeskanzler ist dafür, alle 36 Fahrzeuge zu genehmigen, um ein einheitliches Zeichen zu setzen auch im Vergleich zu den Lieferungen nach Israel. Er stellt fest, daß der BSR einvernehmlich den TOP 4 g) positiv beschließt."

Sude

2.

VS - NfD

BSR am 27. Febr 1991

BSR-Mitglieder

		Abwesend:
1. Bundeskanzler als Vorsitzender		
2. BM des Auswärtigen	BM Genscher	13.02 - 13.11 Uhr
3. BM des Innern	BM Dr. Schäuble	
4. BM der Justiz	BM Dr. Kinkel	ab 12.33 Uhr
5. BM der Finanzen	BM Dr. Waigel	12.24 - 12.34 Uhr
6. BM für Wirtschaft	BM Möllemann	13.34 - 13.40 Uhr
7. BM der Verteidigung	BM Dr. Stoltenberg	

weitere Teilnehmer

8. Chef BK	BM Seiters	
9. Chef BPrA	StS Dr. Meyer-Landrut	ab 13.25 Uhr
10. Chef BPA	StS Vogel	
11. BM der Justiz	StS Kober	bis 12.33 Uhr
12. GenInspBw	Adm. Wellershoff	
13. Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle	Botschafter Dr. Holik	
14. Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO	Botschafter Dr. von Ploetz	
15. Geschäftsführender Beamter	MD Dr. Hartmann	
16. Protokollführer	K.z.S. Lange	

AGNES HÜRLAND-BÜNING
Parl. Staatssekretär a.D.

Hierboomskamp 32
4270 Dorsten
Telefon 02362/61288
Telefax 02362/699037

T. 12.6.92
10 00

Herrn
Friedrich Bohl MdB
Kanzleramtsminister

über FAX 0228 56 2048

11. Juni 92

11.06.92

Sehr geehrter Herr Minister,

die Firma Socíeté national elf aquitaine und die Firma Thyssen haben eine Firma TED gegründet, die in der Region Leuna eine Raffinerie u. a. errichten will. Das Investitionsvolumen beträgt nach heutigem Stand ca. 7 Milliarden DM.

Wir haben inzwischen verschiedene Gespräche geführt, u. a. mit Herrn Ministerpräsidenten Professor Münch und dem Bundestagsabgeordneten J. Borchert, die beide der Meinung sind, daß Ihnen persönlich die Angelegenheit vorgetragen werden sollte. Falls es Ihnen möglich ist, ein solches Gespräch zu führen, für das ich außerordentlich dankbar wäre, würden von seiten der Franzosen Herr Hubert Le Blank Bellevaux und von seiten Thyssen Herr Herbert Brenke, Vorstand Thyssen Handelsunion AG und Sprecher der Geschäftsleitung Thyssen Rheinstahl Technik GmbH teilnehmen.

Für weitere Nachfragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Ihre
Agnes Hürland Büning

CHBK 11/6/93

Gruppenleiter 44
44 - 594 00 - Tr 3/Na 04

Bonn, 28. Mai 1997
Hausruf: 2420

T:\BKKZL\AL\ABT4\GL44\ELF.DOC

Über
Herrn Abteilungsleiter 4
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

Herrn Staatssekretär Hausmann

Betr.: **Artikel im heutigen Le Monde zu Elf Aquitaine/Leisler-Kiep**

1. Nachstehend übersende ich Ihnen Vorschlag einer - reaktiven - Stellungnahme zu eventuellen Fragen nach der Rolle des Bundeskanzlers (siehe z.B. „Berliner Zeitung") im Zusammenhang mit der Privatisierung der Raffinerie Leuna bzw. der Tankstellenkette Minol:

„Nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit haben sich die Bundesregierung und insbesondere auch der Bundeskanzler mit ganzer Kraft für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer eingesetzt.

Es ist bekannt, daß für den Bundeskanzler dabei auch der Erhalt der „industriellen Kerne" ein zentrales Anliegen war (z.B. Automobilindustrie in Eisenach, Werften in Mecklenburg-Vorpommern, Mikroelektronik in Sachsen und Thüringen). In diesem Zusammenhang hat er auch selbst großen Anteil genommen an der Erneuerung des „Chemiedreiecks Sachsen-Anhalt" (siehe auch seine damaligen Reisen nach Schkopau/BUNA, Leuna und Bitterfeld).

Die Verhandlungen über die Privatisierung der Raffinerie Leuna sowie der Tankstellenkette Minol sind von der Treuhandanstalt sowie der von ihr beauftragten Investmentbank (Goldman Sachs) geführt worden."

...

2. Falls Frage zur Privatisierung im einzelnen oder zur Rolle von Thyssen in dem Konsortium gestellt werden, könnten Sie auf den Sprecher des BMF verweisen (ist informiert).

3. Falls die Frage eventueller „Schmiergeldzahlungen" angesprochen wird, könnten Sie auf die damalige Erklärung von Herrn Hinze verweisen, in der dieser erklärt hatte, es habe keinerlei Zahlungen von Elf an die CDU gegeben.

4. Zu der in dem Le Monde-Artikel angesprochenen Rolle von Herrn Leisler-Kiep könnten Sie auf Herrn Kiep selbst verweisen. Herr Kiep hat Chef BK heute mitgeteilt, er beabsichtige zu dem Artikel eine eigene Erklärung abzugeben.

5. **Hintergrund:**

Mit Vertrag vom 23./31. Juli 1992 hat sich das Konsortium Elf Aquitaine/Thyssen verpflichtet, in Leuna eine neue Raffinerie zu bauen (Investitionsvolumen 4,3 Mrd. DM). Elf hatte sich ebenfalls verpflichtet, die Tankstellenkette Minol zu übernehmen und zu modernisieren (Investitionsvolumen rd. 1,4 Mrd. DM). Das Projekt wird insgesamt rd. 1,5 Mrd. DM an öffentlichen Hilfen sowie mit einer Bürgschaft von Bund und Sachsen-Anhalt gefördert. Nach Auffassung von THA und Ressorts war Elf „Bestbieter" im Vergleich zum konkurrierenden, von BP angeführten Konsortium.

Im März 1994 hat sich die Treuhandanstalt unter dem Druck von Elf (Ausstiegsdrohung der neuen Führung) verpflichtet, den Drittelanteil von Thyssen zu übernehmen (über die damals von der THA noch gehaltene BUNA. **Vertraulich:** Hier inzwischen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen THA-Nachfolgerin BVS und Elf.) Nach den vertraglichen Vereinbarungen zwischen Thyssen und Elf war Elf verpflichtet, den Thyssen-Anteil auf Verlangen von Thyssen anzukaufen. THA hatte sich

gleichzeitig das Recht einräumen lassen, von Elf auch einen Teil an der (damals noch sehr attraktiv geltenden) Minol zu übernehmen.

Die in „Le Monde" wiedergegebene Ansicht eines hochrangigen Elf-Mitarbeiters, Elf habe für die Raffinerie „das dreifache" des angemessenen Preises bezahlt, ist völlig abwegig. Die Elf eingeräumten vertraglichen Konditionen, einschließlich der hohen Förderung, wurden von THA/Ressorts als - den Verhältnissen entsprechend - sehr günstig bezeichnet.

Vertraulich: Herr Leisler-Kiep hat gegenüber Chef BK heute in einem Telefongespräch bestätigt, daß sein Versicherungsunternehmen in einer - völlig normalen - geschäftlichen Beziehung zu Elf stand und heute noch steht. Er, Kiep, habe sich auch bemüht, zwischen Frau Breuel und Elf glättend zu wirken. Darüber hinausgehenden Spekulationen seien abwegig.

Kindler

(Kindler)

Chef BK

Bonn, den 17. Juli 1997

Diese Vermerk ist vom damaligen RL 2 gefertigt worden!

Vermerk für Herrn Bundeskanzler

19.9. 2000

Betr.: Person von Herrn Dieter Holzer

Herr Holzer wurde in dem Le Monde-Artikel vom 28. Mai 1997 - zusammen mit dem engen Mitarbeiter des früheren Elf-Chefs Le Floch Prigent, Le Blanc-Bellevaux - als eine der Schlüsselfiguren bei den angeblichen Geldüberweisungen nach Liechtenstein im Zusammenhang mit der **Privatisierung** von Leuna-Minol genannt. Dieser Verdacht wurde auch in der deutschen Presse übernommen und hat dazu geführt, daß MdB Beucher den Antrag gestellt hat, Herrn Holzer im 2. Untersuchungsausschuß „DDR-Vermögen" - ebenso wie Herrn Kiep - zu befragen.

Die nachstehenden Ausführungen stützen sich auf ein Gespräch mit Herrn Kiep vom Freitag letzter Woche, den Le Monde-Artikel sowie den persönlichen Eindruck aus dem Kontaktversuch Herrn Holzers mit dem **Bundeskanzleramt** von Ende 1993/ Anfang 1994 (d.h. über ein Jahr nach der Privatisierung von Leuna/Minol!). **Eine zuverlässige Einschätzung der Person von Herrn Holzer ist danach nicht möglich.**

1. Fest steht: Herr Holzer stammt aus dem Saarland und hat dort noch ein - wohl mittelständisches - Unternehmen, das lt. Herrn Kiep ebenfalls über Gradmann & Holler versichert worden ist. Seine Hauptaktivitäten scheint er aber inzwischen nach Monaco verlegt zu haben, wo er ein Handelsunternehmen („Delta International Est") betreibt (lt. Herrn Kiep handelt er mit pflanzlichen und tierischen Ölprodukten; ich hatte den Eindruck, daß er Mineralölhändler ist).

11/6 192

Lt. Herrn Kiep ist er außerordentlich vermögend und verfügt auch in Frankreich über erheblichen politischen Einfluß (angeblich finanzielle Unterstützung des Wahlkampfs Chirac). Herr Holzer sei, so Le Monde, auch früher für den BND tätig gewesen. Er soll über sehr gute Kontakte im Nahen Osten, insbesondere Libanon verfügen (ist lt. Le Monde mit einer Cousine des früheren libanesischen Präsidenten Gemayel verheiratet).

2. Herr Kiep hält die Presseberichte, Herr Holzer sei ein guter Freund von Franz Josef Strauß gewesen und habe auch gute Kontakte zu MP Stoiber, für wahrscheinlich zutreffend. Außerdem sei er mit Herrn Lengl befreundet. Ebenfalls habe er gute Kontakte zur chinesischen Führung (Li Peng). Lt. Gruppe 41 (Dr. Scheid) trifft die Annahme von Herrn Kiep allerdings nicht zu, Herr Holzer habe den Bundeskanzler bei einer Chinareise begleitet (Wurde für die Reisen 1993 und 1995 ausdrücklich überprüft. Noch nicht überprüft wurde Reise 1987. Sie liegt weit vor der Privatisierung von Leuna/Minol.).

3. **Herr Holzer hat im Herbst 1993/ Anfang 1994 auch Kontakt mit dem Bundeskanzleramt gesucht.** Er hat im Nachgang zu einem Gespräch mit Dr. Pfaffenbach diesem eine Notiz zugesandt, in der über ein Gespräch mit Vorstandsmitgliedern von Elf am 21. November 1993 berichtet wird, an dem er gemeinsam mit Herrn Kiep teilgenommen hatte. Sein Eindruck sei, daß die Franzosen aus dem Projekt aussteigen wollten. Nur der Bundeskanzler könne hier mit Erfolg intervenieren, indem er das Gespräch mit PM Balladur suche.

   Herr Holzer hat danach auch mich - mit der Bitte um „Quellenschutz" - mehrmals angerufen und „aus Sorge um die neuen Bundesländer" für Nachgiebigkeit gegenüber Elf geworben. Nach meiner Erinnerung hat er wohl auch versucht, mit Dr. Ludewig Kontakt zu bekommen (konnte noch nicht überprüft werden). Man mußte den Eindruck gewinnen, daß er eine Art „Einflußagent" der Elf-Führung war. Ich habe ihn jeweils gebeten, sich an die THA zu wenden und einige Vermerke, die er mir zugesandt hatte, an BMWi, BMF, THA weiter gegeben.

Brigitte Baumeister

Persönlich! 5.9.95

Fr. Bohl bald!!

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, (R)

aufgrund unseres Gespräches vom gestrigen Tage übersende ich Ihnen das Anforderungsprofil der 22 Katastrophenschutzfahrzeuge, die Taiwan bei der Firma Thyssen Henschel angefragt hat. Entsprechend der Ausstattung sind sie defensiv, wie auch der TPZ1 Fuchs an der untersten Grenze von defensiv eingestuft ist. Um einen erheblichen Arbeitsplatzabbau zu vermeiden, wäre dieser Auftrag für Thyssen



Brigitte Baumeister

äußerst wichtig.
Ich bitte Sie deshalb, Ihre
Anfrage zu prüfen und mir bis
Ende dieses Monats einen
positiven oder negativen Bescheid
zukommen zu lassen.
Anfang Oktober habe ich ein
Gespräch bei Thyssen Henschel
geplant.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Brigitte Baumeister

15 12 4

Die Republik China (Taiwan) möchte jetzt konkret 64 ABC-Spürfahrzeuge Tpz des deutschen Unternehmens Thyssen Henschel kaufen. Von taiwanesischer Seite liegen der Letter of Intend sowie die entsprechende Endverbleibserklärung vor.
Bei den zu liefernden Fahrzeugen handelt es sich um denselben Typ eines ABC-Spürfahrzeuges, den die Bundesregierung den USA (60 Fahrzeuge), England (11 Fahrzeuge) und Israel (8 Fahrzeuge) während des Golfkrieges kostenlos überlassen hat. Das Fahrzeug hat keine Bewaffnung und dient ausschließlich der Landesverteidigung zur Feststellung von Gefahren im atomaren, biologischen und chemischen Bereich. Das System ist rein defensiv zum Schutz der Bevölkerung und der Soldaten ausgerichtet.
Das ABC-Spürfahrzeug des Typs Tpz ist derzeit als Kriegswaffe eingestuft. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Bundeswehr dieses System verwendet und es damit - wie alle anderen gepanzerten Systeme der Bundeswehr - Kriegswaffe ist.

Wie besprochen, möchte ich Sie bitten, diesen Verkauf der ABC-Spürfahrzeuge positiv zu prüfen.

Des weiteren wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie auch den von Taiwan beabsichtigten Kauf von Infantriefahrzeugen des Typs Tpz I nochmals unter der jetzigen Lage positiv prüfen und eine Genehmigung ermöglichen würden. Dazu habe ich Ihnen zuletzt am 22. März 1994 einen die Einzelheiten enthaltenen Vermerk zugeleitet.

Brigitte Baumeister
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Fraktion

53113 Bonn
Bundeshaus
Tel. 02 28/1 68 75 54
Fax 02 28/1 68 65 54

71032 Böblingen
Reiherweg 38
Tel. 0 70 31/28 91 48
Fax 0 70 31/28 95 64

Persönlich/Vertraulich
An den
Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn
Bundesminister Friedrich Bohl MdB
Bundeskanzleramt
Adenauerallee 141

53113 Bonn

27. April 94

Gl 22 5.4.94
Persönlich + Vertraulich
b.R.

Bonn, den 27. April 1994

Sehr geehrter Herr Minister, lieber Fritz

die Seitens der Republik China (Taiwan) angefragten eintausend gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeuge des Typs TPz 1 6x6 FUCHS werden von der Firma Thyssen Industrie AG Henschel als Generalunternehmer hergestellt.
Die Baugruppenkomponenten und -teile dieses Fahrzeugs werden jedoch von Unterlieferanten aus der ganzen Bundesrepublik geliefert.
Folgende Unternehmen sind an der Herstellung des TPz 1 beteiligt:

	Firma	Stadt	Bundesland
1.	TH Maschinen Bau	Kirchen	Nordrhein-Westfalen
2.	Schottel	Spay	Rheinland-Pfalz
3.	ZF	Konstanz	Baden-Württemberg
4.	Behr	Stuttgart	Baden-Württemberg
5.	Deugra	Ratingen	Nordrhein-Westfalen
6.	Boysen	Altenstedt	Baden-Württemberg
7.	Rheinhold & Mahla	Kiel	Schleswig-Holstein
8.	KWR	Wuppertal	Nordrhein-Westfalen
9.	Comauto		Belgien
10.	Daimler Benz	Stuttgart	Baden-Württemberg
11.	Evers	Münster	Nordrhein-Westfalen
12.	Teves	Frankfurt	Hessen

CHBK 1/5/94

Brigitte Baumeister
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
der CDU/CSU-Fraktion

53113 Bonn
Bundeshaus
Tel. 02 28/1 68 75 54
Fax 02 28/1 68 65 54

Persönlich/Vertraulich
An den
Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn
Bundesminister Friedrich Boh
Bundeskanzleramt
Adenauerallee 141

53113 Bonn

Sehr geehrter Herr Minister,

die Seitens der Republik China (Taiw
Mannschaftstransportfahrzeuge des Typs
Thyssen Industrie AG Henschel als General
Die Baugruppenkomponenten und -teile
Unterlieferanten aus der ganzen Bundesrep
Folgende Unternehmen sind an der Herstel

	Firma	Stadt
1.	TH Maschinen Bau	Kirchen
2.	Schott	
3.	ZF	
4.	Behr	
5.	Deugr	
6.	Boysen	
7.	Rheinl	
8.	KWR	
9.	Coman	
10.	Daimle	
11.	Evers	
12.	Teves	

CHBK 11/5/94

Firma	Stadt	Bundesland
13. Lemförder	Lemförde	Niedersachsen
14. Dräger	Lübeck	Schleswig-Holstein
15. GWB	Essen	Nordrhein-Westfalen
16. Piller	Osterode	Niedersachsen
17. SEL-Alcatel	Stuttgart	Baden-Württemberg
18. Vorwerk	Wuppertal	Nordrhein-Westfalen
19. Webasto	Stockdorf	Baden-Württemberg
20. Michelin	Karlsruhe	Baden-Württemberg
21. Hartmann & Lämmle	Rutesheim	Baden-Württemberg
22. Flux	Stuttgart	Baden-Württemberg
23. Ballonfabrik Augsburg	Augsburg	Bayern
24. Techno	Frankfurt	Hessen
25. Presskon	Oehringen	Baden-Württemberg
26. Fichtel & Sachs	Schweinfurt	Bayern
27. Hoesch Rothe	Dortmund	Nordrhein-Westfalen
28. Heckler & Koch	Oberndorf	Baden-Württemberg
29. Bruker & Franzen	Bremen	Bremen
30. Teldix	Heidelberg	Baden-Württemberg
31. Odenwaldwerke	Elztal-Rittersbach	Bayern
32. Graetz (Herfurth)	Hamburg	Hamburg
33. Gericke & Lauer	Münster	Nordrhein-Westfalen

Insgesamt werden aus 9 Ländern sowie aus Belgien Teile und Komponenten zugeliefert. Bei den Firmen handelt es sich nicht nur um Großunternehmen, sondern auch um eine Vielzahl von mittelständischen Betrieben.

Der Auftrag hat ein Gesamtvolumen von über 2 Mrd. DM, das zu 100 % in der Bundesrepublik Deutschland erbracht wird.
Dabei werden insgesamt 8.230 Mannjahre bei der Fertigung anfallen, bei über 2000 Beschäftigten für einen Zeitraum von 4 bis 5 Jahren.

Die Auftragsvergabe sowie deren -abwicklung würden noch 1994 beginnen. Damit würde sicherlich der Markt in der derzeit noch langsam beginnenden Anlaufphase eines sich abzeichnenden wirtschaftlichen Wachstums positiv beeinflußt.

Im Falle einer Realisierung dieses Auftrages müßten bisher geplante Maßnahmen zum Abbau von Arbeitsplätzen sowohl bei Thyssen Henschel als auch bei verschiedenen Zulieferunternehmen nicht mehr oder in geringerem Umfang realisiert werden, was ebenfalls zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den regionalen Wirtschaftsräumen in diesem und den nächsten Jahren führen würde.

Das Fahrzeug ist ausschließlich für den gesicherten Mannschaftstransport vorgesehen. Der TPz 1 ist wiederholt zu diesen Zwecken bei UN-Einsätzen, auch von der Bundeswehr - zuletzt in Somalia -, mit großem Erfolg verwendet worden.

Für das gepanzerte Mannschaftstransportfahrzeug vom Typ TPz 1 6x6 FUCHS ist bisher kein Antrag für die Exportgenehmigung nach Taiwan gestellt worden. Ausfuhrgenehmigungen wurden deshalb bisher vom Bundessicherheitsrat weder erteilt noch abgelehnt.

Von seinen Einsatzmöglichkeiten her ist der TPz 1 kein Kampffahrzeug. Alleine die Tatsache, daß dieses Transportfahrzeug gepanzert ist und deshalb bei gewaltsamen Auseinandersetzungen eingesetzt werden kann, dürfte es im Ergebnis nicht rechtfertigen, es auf eine Stufe mit Kriegswaffen - wie etwa Raketen oder Panzern - zu stellen.

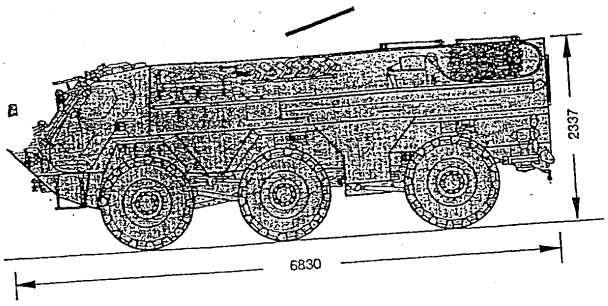
Daher sollte für dieses Fahrzeug auch aus diesem Grunde eine Ausfuhrgenehmigung erreicht werden.

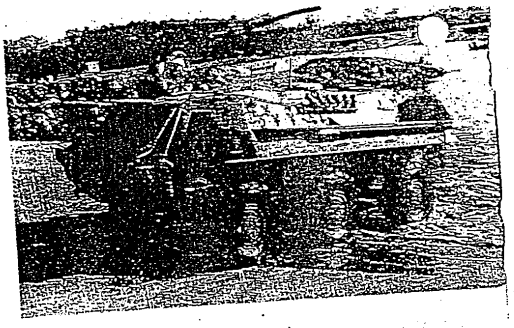
Mit freundlichen Grüßen

Deine

Brigitte Baumeister MdB

Anlage





Transportpanzer 1 „Fuchs" **DEU**

Kurzbeschreibung: Schwimmfähiges 3-Achs-Radfahrzeug (6×6) mit etwas vergrößertem Abstand zwischen Mittel- und Hinterachse. Langgestreckte Wanne mit ebenem Dach und abgeschrägten Seitenwänden. Keilbug mit oben aufliegendem Schwallbrett; senkrecht abfallendes Heck. Breite Fahrerkabine mit Beschußblenden vor Frontfenstern; Dachluke mit MG-Halterung rechts über Kdt-Platz. Beiderseits Propeller für Wasserfahrt am Heck (siehe ERKENNUNGSBLÄTTER/Folge 252).

Anmerkung: Zahlreiche Varianten mit Sonderausstattung für Pionier-, Fernmelde-, EloKa- und ABC-Abwehr-Aufgaben (letztere siehe ERKENNUNGSBLÄTTER/Folge 313).

Besatzung:	2+10 Mann (max.)
Gefechtsgewicht:	16 t
Motor:	8-Zyl. Diesel
Motorleistung:	235 kW
Geschwindigkeit, max. Straße/Wasser:	90 km/h / 10 km/h
Fahrbereich:	800 km
Bewaffnung:	1 MG 7,62 mm

1. Der Transportpanzer Fuchs ist bei der Bundeswehr (Heer) überwiegend als Übergangslösung für die Nachfolge der Mannschaftstransportfahrzeuge M 113 und des Lkw 2 to vorgesehen.

   Aus finanziellen Gründen wird sich diese Übergangslösung jedoch sehr lange hinziehen. Eigentlicher Nachfolger des M 113 und Lkw 2 to soll das Gepanzerte Transportkraftfahrzeug (GTK) werden. Diese deutsch-französische Gemeinschaftsentwicklung soll nach derzeitiger Planung mit den ersten 30 Stück im Jahr 2002 ausgeliefert werden.

2. Der Transportpanzer Fuchs ist bei der Bundeswehr in vielfältigen Funktionen bei folgenden Truppengattungen eingesetzt:

   - Jägertruppe
   - Panzeraufklärungstruppe
   - Pioniertruppe
   - Flugabwehrtruppe
   - ABC-Abwehrtruppe
   - Fernmeldetruppe
   - Sanitätstruppe

   Seine Verwendung ist entsprechend vielfältig vom Transportfahrzeug für Infanteristen, Erkundungsfahrzeug für Pioniere, Spürfahrzeug für die ABC-Abwehrtruppe, Transportfahrzeug für die Sanitätstruppe bishin zum sog. Führungsfahrzeug (um nur die wichtigsten Funktionen zu nennen).

   Der derzeitige Bestand beträgt 1.030 Stück.

3. Bezüglich seiner Einordnung dürfte der Transportpanzer Fuchs zu den kampfunterstützenden gepanzerten Fahrzeugen zählen (Ziff. 25 der beigefügten Kriegswaffenliste).

Bonn, den 11. April 1994

V e r m e r k

Ich habe heute mit Frau Kollegin Baumeister am Rande der Präsidiumssitzung der CDU über diesen Vorgang gesprochen. Frau Baumeister hat mir mitgeteilt, daß Sie im Laufe der Woche noch ein Gespräch mit Bundesminister Dr. Kinkel in dieser Angelegenheit führen wird. Der Ausgang dieses Gespräches soll zunächst abgewartet werden.

Frau Baumeister wird Ende der Woche mich informieren. Wir werden dann das weitere Vorgehen in der Sache besprechen.

WV: Freitag, den 15.4.94

GL 02

z.d.A.